

Jeremias Herberg, Konrad Gürtler, David Löw Beer

Strukturwandel als Demokratiefrage

Der Lausitzer Kohleausstieg, ein Ausstieg aus der Transformationsblockade?

„Wenn von Braunkohle die Rede ist, dann auch gleich von Schadstoffemissionen und weg gebaggerten Dörfern. Das ist auch alles richtig. Aber in dieser Diskussion wird meist vergessen, daß hier nur ein gut sichtbarer, extrem schmerzhafter Modellfall vorliegt – für eine Konfliktsituation, die auf die Gesellschaft insgesamt zutrifft: Menschen, die VON der Industrie leben, können nicht MIT der Industrie leben. Schmerzhaft im Bergbau ist besonders: Alles, was wir verbrauchen [...], ist auch verloren. Wenn wir traditionell Energie gewinnen, indem wir Heimat verheizen, ist Wärme gewonnen, aber Heimat verloren. Es tut so weh, weil der Konflikt hier in der Lausitz Mann gegen Mann abläuft.“ (Schütt; Gundermann 1999: 54f.)

In dem Landstrich, der südlich von Berlin entlang der polnischen Grenze und bis nach Zittau und Bautzen reicht, geht es nicht mit der Kohleindustrie und auch nicht ohne sie, so der Liedermacher Gerhard Gundermann. Aus klimapolitischen Gründen wird in der Lausitz aktuell ein beschleunigter Strukturwandel erforderlich, der das endgültige Ende der Braunkohleverstromung zum Ziel hat. Abermals wird die Region dabei zu einem Austragungsort für gesamtgesellschaftliche Konflikte. Wie sich in regionalen Forschungsgesprächen zeigt, werden neben den bundespolitisch angedachten Infrastruktur- und Ansiedlungsprojekten und der Hoffnung auf neue monostrukturell agierende Großinvestoren auch gesellschaftliche Utopien entwickelt. Andere bekämpfen den Strukturwandel, teils mit populistischen Argumenten, oder fordern mehr Zeit. Die Region ist also Projektionsflä-

che für industriepolitische, linksökologische und rechtspopulistische Transformationsvorstellungen. Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass die gesellschaftspolitische Ausgangslage in der Lausitz oft unzureichend berücksichtigt wird und somit auch die regionale Anschlussfähigkeit der Handlungsvorschläge ungeklärt ist. Selbst wenn die von außen herangetragenen Anliegen auf eine demokratische Entwicklung abzielen, die Region selbst ist selten der Ort der Aushandlung darüber, wo es hingehen kann.

Für die Lausitzerinnen und Lausitzer, aber auch für die wachsende Zahl an Beobachtern, mag die Region ein „schmerzhafter Modellfall“ sein. Diese Modellhaftigkeit beziehen wir hier auf den Zusammenhang von Strukturwandel und Demokratie, auf wirtschaftliche Akkumulation und demokratische Legitimation.¹ Unser Argument folgt drei Schritten: Wir greifen den Kohleausstieg im ersten Abschnitt als dringlichen Anlass für eine politisch-ökologische Umorientierung auf. Wir betrachten im zweiten Abschnitt den damit einhergehenden Strukturwandel als mehrdimensionale Gelegenheit, um sozialräumliche Ungleichheiten zu adressieren. In der Zusammenschau erkennen wir in der Lausitz einen Lernort für eine demokratische Strukturwandelpolitik. Unsere Analysen beziehen dabei Diskussionen während des Workshops „Perspektivwechsel im Strukturwandel“ am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam ein.²

Inwiefern nicht mit und nicht ohne Kohle?

Stellt man den Kohleausstieg als energiepolitisches Steuerungsproblem dar, lassen sich die Entscheidungen für die Lausitz vor allem an außerregionalen Maßstäben messen, etwa an dem von der Bundesregierung im Entwurf des Strukturstärkungsgesetzes verlautbarten Ziel-dreieck „Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit“ (BMW 2019a: 109). Energieökonomische Analysen weisen auf die Dringlichkeit und Machbarkeit des Kohleausstiegs hin (vgl. Öko-Institut 2019). Ihnen stehen jedoch zahlreiche Unsicherheiten entgegen, wie sie sich etwa aus dem aktuell schleppenden Ausbau der Erneuerbaren Energien ergeben (vgl. Aurora Energy Research 2019). Darüber hinaus werden auch Fragen der Steuerbarkeit von Marktprozessen und der Aufgaben des Staates auf vielfältige Weisen virulent, beispielsweise im Hinblick auf Wirtschaftsförderungsmodelle.

Ein Ort, an dem vielfache Expertisen, Drucksituationen und Interessenverhältnisse aufeinanderprallten, war die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (vgl. Kommission 2018). Neben den Mitgliedern aus den Umwelt-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie aus den Kohleregionen trugen besonders die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Rahmen separater Verhandlungen mit dem Kanzleramt dazu bei, dass im Abschlussbericht der Kommission und in den aktuellen Umsetzungsschritten erhebliche Fördersummen in Aussicht gestellt werden. Die Lausitz bekommt einem Kommissionsmitglied zufolge nun eine historisch einmalige Chance, um Strukturwandel proaktiv zu gestalten (Interview). Doch wofür genau ist der Lausitzer Kohleausstieg eine Chance? Die förderpolitischen Zusagen münden bisher nur bedingt in einen wachsenden Zuspruch für die Strukturwandelpolitik, wie im Rahmen der Landtagswahlen im Jahr 2019 in Sachsen und Brandenburg deutlich wurde, als die rechtspopulistische und den Kohleausstieg ablehnende AfD die meisten Stimmen in der Lausitz erhielt. Wir möchten

vor diesem Hintergrund die oft betonte Chance für die Lausitz auf den sehr virulenten, überaus verflochtenen, aber bislang recht undefinierten Zusammenhang von Demokratie und Nachhaltigkeit beziehen.

Einerseits kann ein Ausstieg aus der von Gundermann betonten Abhängigkeit nur dann mit Unterstützung rechnen, wenn die Grundlagen von Legitimation, Repräsentation und Deliberation erfüllt werden. Was aber ist notwendig, um politisch das globale Ziel der Emissionsminderung als Anlass für einen regionalen Strukturwandel zu vermitteln? Welche negativ wie positiv Betroffenen des Strukturwandels und des Kohleausstiegs dürfen für „die Lausitz“ sprechen? Und wie lassen sich verschiedene Perspektiven zugunsten einer zukunftsorientierten Gestaltung ins Gespräch bringen? Alt bekannte Fragen stellen sich in neuer Dringlichkeit.

Andererseits gibt es auch eine inhärente Verbindung von demokratiepolitischen Fragen mit der Veränderung von ökonomisch-ökologischen Strukturen. Einem materiellen Demokratiebegriff folgend, den Markus Wissen auf dem erwähnten Workshop betonte, ist die Verfügungsgewalt über Bodenschätze und die arbeitsteilige Gewinnung von wirtschaftlichen Grundlagen der Dreh- und Angelpunkt dafür, wie in dem gegenwärtigen fossilen Wirtschaftsmodell wirtschaftliche Teilhabe, sozialer Wohlstand, politische Mitbestimmung und ökologisch-gesundheitliche Folgeschäden verteilt werden (vgl. Pichler; Brand u. a. 2018). Diesbezüglich hat die Lausitz einen teilweise jahrhundertelangen Wandlungsprozess erlebt, in dem auf Kosten von Umwelt und Bevölkerung ökonomische Akkumulation betrieben wurde. Im Gegenzug sind der Lausitz und den an der Kohleproduktion beteiligten Arbeitern und Unternehmerinnen ein gewisser Wohlstand und eine gesellschaftliche Anerkennung zu Teil geworden. Aktuell riskieren der Umgang mit der Braunkohle und das Herausögern der sozialen, ökonomischen und kulturellen Transformationsprozesse weiterhin die zukünftige Machbarkeit von demokratischen Prozessen. Zuversichtlich formuliert könnte ein Kohleausstieg, der breit verhandelt, systematisch legitimiert und durch die politischen Institu-

tionen umgesetzt wird, auch das Bewusstsein steigern, dass der Zugriff auf und die Verteilung von natürlichen Reichtümern regional und global gerecht organisiert werden kann.

Wenn man diesen Gedankengang weiterführt, lässt sich der von Gundermann beschriebene emotionale Zwiespalt auch in einem politischen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis ausdrücken: Die Ausweitung von Kapital einerseits, d.h. seine Akkumulation, und die Rechtfertigung des Staates zum Handeln andererseits, d.h. die Legitimation, stehen in einer konfliktträchtigen Abhängigkeit miteinander (vgl. Offe 2006). „Legitimation ist kostspielig und lebt von den Früchten der Akkumulation, während Akkumulation umstritten ist und der Konditionierung der Legitimation bedarf.“ (Borchert; Lessenich 2016: 40; eigene Übers.) Gerade im klimapolitischen Kontext erklärt sich so der aktuelle Engpass, auf den die deutsche Politik trotz vieler Warnungen schon lange zugesteuert hat: Staatliches Handeln wird aus klimapolitischen Gründen immer notwendiger, verliert aber gerade dann an Legitimität, wenn die gewohnten Akkumulationsbedingungen durch teure und folgenreiche Maßnahmen verändert werden müssen. Der klimapolitische Handlungsdruck steigert sich also in demselben Maße wie historische Versäumnisse immer wieder in den Hintergrund gedrängt werden. Die bisherige Hemmung der Bundes- und Landesregierungen, alte Versäumnisse im Lausitzer Strukturwandel zu bearbeiten, machen den Kohleausstieg zu einer willkommenen Gelegenheit, die aber den Regierenden und auch der Bevölkerung eine besonders umsichtige und konsequente Politik abverlangt. Wir sprechen in der Folge daher von einer Transformationsblockade und umreißen einige Denkansätze, die einer demokratischen Gestaltung dienen können.

Dimensionen der Transformationsblockade

Die industrielle Produktionsweise und besonders die Kohleindustrie basieren auf einem Akkumulationsprozess, der über eine Ausnutzung von Arbeitskraft und ökologischen Res-

ourcen generiert wird. Die damit verbundenen Schäden nehmen die meisten Parteien und Interessensgruppen erst seit kurzem als dringliche Handlungsgrundlage an. Die Kohleverstromung bietet zugleich aber große Vorteile für viele beteiligte und wirtschaftspolitisch mächtige Gruppen. Relativ gute Löhne und Renten, starke Gewerkschaften, technologisch avancierte Abbaumethoden sowie eine themenspezifische Koalition zwischen Arbeiterschaft, Großindustrie und Volksparteien stabilisieren das fossile Wirtschaftsmodell in Deutschland.

Erst aus der Zusammenschau von ökologischen und politisch-kulturellen Faktoren lässt sich die aktuelle Auseinandersetzung um den Kohleausstieg erklären. So ist ein Kohleausstieg in ökonomischer Hinsicht im Vergleich zu einer Verkehrswende oder anderen ökologisch erforderlichen Strukturwandelprozessen noch relativ leicht planbar und stellt klimapolitisch eine entsprechend effiziente Maßnahme dar. Die Geschichte der Lausitz macht aber unmissverständlich klar, dass das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Akkumulation und Legitimation von gesellschaftlichen Größen getragen ist, aus denen man nicht ohne Weiteres *aussteigen* kann – von kulturellen Werten, organisatorischen Strukturen, politischen Interessen und sachlichen Begrenzungen (vgl. Friedland; Alford 1991: 232). Diese Größen, die von institutionalisierten Widersprüchen geprägt sind und das nicht-nachhaltige Modell der Kohlewirtschaft indirekt aufrechterhalten, wollen wir in diesem Beitrag aufschlüsseln. Wir argumentieren, dass sich gerade am Gegenstand der Konflikte in der Lausitz ein Gelegenheitsfenster bietet, um Strukturwandel demokratisch gestalten zu lernen. Zugleich könnte sich dieses Gelegenheitsfenster auf Grund von Pfadabhängigkeiten einerseits und populistischer Bedrohung andererseits auch schnell wieder schließen.

Erste Blockade: Zersplitterte Reviergrenzen

Geografisch ist die Lausitz kaum im Singular zu adressieren, sondern mindestens dreigeteilt. Im polnischen Teil der Region leben 350.000 Menschen. Im deutschen Teil, der sich in

Niederlausitz (Norden) und Oberlausitz (Süden) unterteilen lässt, leben heute 1,1 Millionen Einwohner. Die beiden deutschen Lausitzen – entlang der heutigen Landesgrenzen von Brandenburg und Sachsen geteilt – haben sich auch in jüngerer Zeit wirtschaftlich und politisch unterschiedlich entwickelt, so lebt beispielsweise die brandenburgische Niederlausitz im Umfeld des Spreewalds stärker vom Tourismus. Besiedelt ist die Lausitz von verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wobei die ca. 60.000 Sorben und Wenden historisch und aktuell eine bedeutende Minderheit sind.

Abgesehen von den Städten Cottbus, Görlitz und Bautzen sowie den Industriestandorten leben die Lausitzer und Lausitzerinnen in einer eher ländlich geprägten Region. Für den anfänglich eher kleinskaligen Braunkohlebergbau wurden seit den 1920er Jahren mehr als 125 Dörfer bzw. 25.000 Menschen umgesiedelt (vgl. MWFK 2017: 25). Riesige Tagebaue und sechsundzwanzig durch Flutung entstandene Tagebauseen, die das heutige Lausitzer Seenland bilden, kennzeichnen seitdem die Landschaft. Die Rekultivierung, die von der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH getragen und wissenschaftlich begleitet wird (vgl. Schulz; Schwartzkopff 2018: 53), erweist sich auf Grund der ökologisch stark geschädigten Flächen als herausforderungsreich und kostenintensiv (vgl. LMBV 2009: 12). So problematisch und lang anhaltend die Folgen für die Landschaft im Einzelnen sind, bleibt dennoch zu bemerken, dass die Expertise, die sich in der Lausitz im Bereich Rekultivierung entwickelt hat, im internationalen Vergleich wegweisend ist, wie Thorsten Meyer und Robert Knippschild auf dem IASS-Workshop betonten.

Ein wirtschaftlicher Niedergang der Kohleindustrie zeichnet sich schon länger ab. So verbleiben im Jahr 2019 vier aktive Tagebaubetriebe. In den Betrieben des Konzerns LEAG verdienen noch 8.000 Beschäftigte einen überdurchschnittlichen Lohn und förderten im Jahr 2017 insgesamt 61,2 Millionen Tonnen Braunkohle, also fast ein Drittel der Gesamtproduktion in Deutschland. Frühere Pläne zur Erschließung weiterer Tagebaue (in Jänschwalde und Jänschwalde-Nord) wurden aufgegeben.

Bis 2020 wird das Unternehmen über zukünftige Investitionen für den umstrittenen Tagebau Welzow-Süd II entscheiden. Innerhalb der aktuell akut betroffenen Dörfer und Ortsteile³ entsteht in diesem Rahmen häufig ein Streit um das Pro und Contra und um die Angewiesenheit auf die mit einem Umzug verbundenen Kompensationen. Während die zukünftige Verteilung von Strukturwandelgeldern aktuell ausgefochten wird, haben einige Orte durch den Rückgang der Braunkohleindustrie schon seit Jahrzehnten mit erheblichen demografischen und finanziellen Belastungen zu kämpfen, unter anderem verursacht durch die Gewerbesteuererstattung von Vattenfall.⁴ Teil der damit verbundenen Dispute zwischen den Anwohnern und Anwohnerinnen sind auch organisierte und in Konflikt stehende Interessen: Dazu gehören die Gewerkschaft IGBCE, die Kommunen, die politischen Parteien, die Sorben und Wenden sowie Umweltaktivisten, die teilweise außerhalb der Region (z.B. *Ende Gelände*), aber teilweise auch im Rahmen von lokalen Bürgergruppen wie der *Grünen Liga* verortet sind.

Wie also kann man die Region und ihre Betroffenheit von der Kohleindustrie eingrenzen? Der Streit um geografische Grenzsetzungen begleitet die Lausitz schon lange. Im Rahmen der aktuellen Ausstiegsszenarien rückt auch für Außenstehende stärker in den Blick, dass die Region sowohl politisch als auch sozioökonomisch divers, teils fragmentiert ist und daher nur schwerlich mit einheitlichen Politiken bespielt werden kann. Besonders umstritten ist die Unterscheidung zwischen dem aktiven Bergbaurevier, also den Orten nahe der Gruben und Kraftwerke, und den peripheren Ortschaften. Tagebaunahe Kommunalpolitiker- und Politikerinnen sprechen in diesem Zusammenhang auch von „Kernbetroffenheit“. Zwischen Kommunen und politischen Entscheidungsträgern entfacht sich vielerorts ein Streit, hängt doch das Wohl und Wehe einzelner Orte maßgeblich davon ab, wo die regionale Grenze gezogen wird und welche Förderbedingungen auf Empfehlung der *Kohlekommission* und im aktuell verhandelten Strukturstärkungsgesetz definiert werden (vgl. BMWI 2019b). Wenn also, wie aktuell diskutiert,

die Region als Verfügungsmasse, als Betroffenheitsraum oder als Förderempfänger aufgebaut wird, ist zu beachten, dass die raumpolitische Gerechtigkeitsfrage nicht in der Zukunft, sondern in der Gegenwart liegt.

Ein Teil der Demokratiefrage begründet sich demnach *sozialräumlich*: Ein Wandel ist notwendig, aber von lokal fragmentierten, existenziellen Interessenskonflikten blockiert. Wir folgern, dass der aktuelle Kohleausstieg eine Gelegenheit zu einer ganzheitlichen Strukturwandelpolitik ist. Jedoch macht die sehr unterschiedliche Betroffenheit einen demokratisch organisierten Annäherungs-, Verständigungs- und Entscheidungsprozess unumgänglich.

Zweite Blockade: Verschleppter Wirtschaftswandel

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Lausitz ist in den letzten zehn Jahren, bei erheblichen innerregionalen Unterschieden und einem vergleichsweise schwachen Ausgangsniveau, überwiegend positiv. Das betrifft gerade den in der öffentlichen Strukturwandeldiskussion im Zentrum stehenden Bereich der Beschäftigung, der sich gerade im Gesundheitswesen, in Dienstleistungsberufen und im verarbeitenden Gewerbe positiv entwickelt hat. So ist die Arbeitslosenquote zwischen 2007 und 2017 um mehr als die Hälfte gesunken. Ein Rückblick auf den wirtschaftshistorischen Zusammenhang, in dem die Kohleindustrie als zwiespältiger Stabilitätsanker fungierte, offenbart einen verschleppten Wirtschaftswandel. Dieser erklärt, warum die wirtschaftspolitische Ausgangslage, trotz der positiven Entwicklungen, schwierig ist.

In der DDR war die Lausitz das Zentrum der Energiegewinnung. Die regionale Braunkohleindustrie stellte einen Großteil des Energiebedarfs im Land bereit und beschäftigte vor 1990 ca. 80.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Gerade zu DDR-Zeiten war die Kohle, neben dem Moment der gesellschaftlichen und ökologischen Ausbeutung, auch positiv wirksam als ein Feld sozialer Anerkennungsmechanismen. Die Arbeiterschaft fungierte als der zentrale politische Referenzpunkt für die Po-

litik und für andere gesellschaftliche Teilgruppen (vgl. Engler 1999: 200). Genutzt wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter natürlich in ökonomischer Hinsicht vom Staat, aber der Staat war auch von Arbeiterinnen und Arbeitern als sozialkulturellen und ökonomischen Stabilitätsgaranten abhängig. Die Kohleindustrie war damit auch zentraler Ort für ideologische Aufladungen und prägte das Bild des sozialistischen Arbeiters. Sie brachte zudem im Rahmen von Arbeitssolidarisierung und gemeingutorientierten Betriebsstrukturen Institutionen hervor, die die oben beschriebenen Ausbeutungsverhältnisse sozialpolitisch abfederten. Ganze Familien und ganze Dörfer begründeten auf der Kohleindustrie ihren Wohlstand und sozialen Zusammenhalt.

Nach den Umbrüchen im Zuge der deutschen Vereinigung setzte sich die Fokussierung der Region auf die Kohle trotz der Schließung zweier Kraftwerksstandorte sowie etlicher Tagebaue fort. Erhalten blieb in der Niederlausitz das auf Grund seiner desaströsen CO₂-Bilanz nunmehr „dreckigste“ Kraftwerk der Region, Jänschwalde. Als große Innovationen galten in der Region in den 1990er Jahren das neu aufgebaute Kraftwerk Schwarze Pumpe sowie das umfassend modernisierte Boxberger Kraftwerk. Allerdings ging die Anzahl der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau von knapp 79.000 im Jahr 1989 auf rund 19.000 Mitte der 1990er Jahre zurück, so dass spätestens mit diesem Einbruch klar wurde, dass selbst die Kohleindustrie sich gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozessen nicht widersetzen konnte. Bis 2005 halbierte sich die Anzahl nochmals auf rund 9.000 Beschäftigte. Seitdem ist die Beschäftigung weiter leicht gesunken, durchschnittlich um 2% pro Jahr (2017: 8.639) (vgl. Hermann u.a. 2018: 13). Die Durchschnittslöhne der verbleibenden Belegschaft liegen weiterhin jedoch über dem Bundesdurchschnitt und sind mehr als doppelt so hoch wie der regionale Durchschnitt (vgl. Kluge u. a. 2014). Viele der Beschäftigten sind über 50 Jahre alt, mit dem Strukturwandel steht also ohnehin ein Generationenwechsel an. Spätestens seit dem Rückzug von Vattenfall aus der Kohlegewinnung und -verstromung im Jahr 2016 gibt es

erhebliche Verschiebungen in den Beschäftigtenzahlen: Im Kohlebergbau und der Energieerzeugung ist ein Rückgang zu verzeichnen, gleichzeitig steigen die Beschäftigungszahlen im Bereich der meist weniger gut bezahlten Dienstleistungen an.

Der Niedergang der Kohleindustrie nahm in den Umbrüchen der 1990er Jahre also einen abrupten Anfang. Jedoch erst seitdem Vattenfall im Zuge eines klimapolitischen Richtungswechsels der schwedischen Regierung aus dem Kohlegeschäft ausgestiegen ist und seit der im Juni 2018 eingesetzten sogenannten Kohlekommission steht die Option eines politisch getriebenen Ausstiegs im Raum. Die Aufrechterhaltung der Kohleindustrie als Stabilitätsanker hat einen Wirtschaftswandel verschleppt und eine konsequente Energiewende verhindert. In der langen Zeit zwischen den ersten Strukturbrüchen der 1990er Jahre und den nun offensiv angekündigten Veränderungen wurden weiterhin Dörfer umgesiedelt und neben Beschäftigungsmöglichkeiten auch Familientraditionen, steuerlich von der Kohle abhängige Kommunen sowie Institutionen der Arbeitersolidarisierung und nicht zuletzt lokale Begegnungsstätten geschwächt.

In der ökonomischen Dimension kann man festhalten, dass der Kohleausstieg einerseits Verlustängste befördert, dass andererseits die Abhängigkeit von der Kohle politisch aufrechterhalten, wirtschaftlich aber längst unterwandert wird. Im Rahmen dieses erst jetzt eingestandenen Bedeutungsverlustes und vor dem Hintergrund der politischen Verschleppung ist es umso fraglicher, ob wirtschaftlich ausgerichtete Fördermaßnahmen ausreichen werden, um die regionale Bevölkerung für einen umfassenden Transformationsprozess zu gewinnen. Braunkohle wird als kollektiv getragener, institutionell stabilisierter und politisch mobilisierter Stabilitätsanker zwar sukzessive durch ein Innovations-Imaginary ersetzt, so Alexander Wentland auf dem IASS-Workshop, jedoch ohne dabei einen gesellschaftlichen Findungsprozess zu durchlaufen. Wesentliche Grundlagen für die öffentliche Auseinandersetzung werden jedoch durch demografische Prozesse unterwandert.

Dritte Blockade: Demografische Entmachtung

Das Spannungsverhältnis, das durch die Veränderung wirtschaftlicher Akkumulationsprozesse entsteht und damit die Legitimität politischer Institutionen infrage stellt, verstärkt sich weiterhin durch einen demografischen Wandel. Durch die „Demontage der Lebens- und Arbeitswelten“ (Lenz 1999: 189) in den 1990er Jahren und durch die sozialpolitische Degradierung mit der Einführung der Hartz IV-Reformen in den 2000er Jahren wurden die Hoffnungen auf einen sozialpolitisch abgefederten Strukturwandel enttäuscht. Die Folge war, dass viele Menschen die Region in den 1990er Jahren verlassen haben und in Großstädte und westdeutsche Regionen zogen. So ist seit 1995 die Bevölkerung um 18 Prozent geschrumpft (vgl. Markwardt; Zundel 2017). Im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65) ist die Bevölkerung im selben Zeitraum gar um 26 Prozent zurückgegangen. Die erwähnte Reduktion der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren geht somit unter anderem auf eine weitere Abwanderung und die Verrentung geburtsstarker Jahrgänge zurück (vgl. Seibert u.a. 2018). Für die weitere Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials schätzen Markwardt und Zundel (2017: 18), dass dieses von 605.100 Personen in 2012 auf 393.000 Erwerbsspersonen 2035 zurückgehen wird.

Entscheidend ist die regionale Demografie jedoch auch in demokratiepolitischer Hinsicht. Dies betrifft drei wesentliche Gruppen ganz besonders. Zum ersten war ein in Ostdeutschland „fast flächendeckendes Frauendefizit“ eine der für das tägliche Leben einschneidenden Folgen der Massenabwanderung in den 1990er Jahren und prägt seither auch die Lausitz (vgl. Gabler u.a. 2016). Eine Studie im Landkreis Görlitz weist dabei auf einen komplexen Zusammenhang hin, der erklärt, dass der Verbleib von Frauen gekoppelt ist an die Bereitstellung von öffentlichen Diensten, an die Lebensqualität und auch an die eigene Anpassungsfähigkeit an den regionalen Arbeitsmarkt. Zentral ist zweitens die Rolle von Jugendlichen, die einerseits von den aktuellen und zukünftigen Strukturwandelprozessen

betroffen sind, die andererseits aber in einem generationalen Kontrast zu den aktuellen Entscheidungsträgern stehen. In Bezug auf die Lausitz ist wichtig zu bemerken, dass zwar auch die ansässigen Jugendlichen diverse eigene Perspektiven auf die Zukunft der Region haben, dass ihr Alltag, je nach familiärer Einbindung und Wohnort, jedoch mit der Kohleindustrie eng verflochten ist. Eine dritte Gruppe, die historisch und aktuell vom Braunkohleabbau betroffen sind und deren Beteiligung daher unumgänglich ist, sind die Sorben und Wenden (vgl. Häfner; Laschewski 2015). Von den mehr als 125 dem Kohleabbau zum Opfer gefallenen Dörfern waren viele sorbisch geprägt. Die Menschen mussten in Neubausiedlungen in Städten wie Hoyerswerda umziehen, wo die traditionelle Verquickung von dörflichem Lebensstil und natürlichen Ressourcen schwerlich aufrechterhalten werden konnte. Die Sorben und Wenden sind nicht nur überproportional von den Folgen des Tagebaus betroffen, sondern auch Zielscheibe von minderheitenfeindlichen Angriffen, wie etwa bei diversen Dorffesten im Jahr 2014. Nicht nur in Bezug auf die drei beispielhaft herausgegriffenen Gruppen steht die bislang weitgehend unbeantwortete Frage im Raum: Wie können neu Zugezogene und Alteingesessene fortan politisch und wirtschaftlich in die Gestaltung des regionalen Strukturwandels eingebunden werden, um den Wegzug der zukünftigen Generationen zu vermeiden?

Die Verquickung von demografischen und industriellen Veränderungen in den Umbruchjahren nach 1989/1990 wirkt als Transformationsblockade: Die industriepolitischen Entscheidungen für den Stabilitätsanker Braunkohle, die gefällt wurden obwohl die langfristige Tragbarkeit schon früher in Frage stand, waren keine effektiven Antworten auf die weitverbreitete Perspektivlosigkeit und den Wegzug insbesondere von Jugendlichen und Frauen. Die verbleibenden Gruppen sollten als Betroffene des Strukturwandels gestützt und neue und alte Anwohner als Strukturwandelakteure ermächtigt werden. Außerdem sollte die Bevölkerung die politischen Entscheidungsträger durch einen strukturpolitischen Ideenwettbewerb irritieren. Diese kritischen Grund-

lagen sind inhärent mit der im Folgenden diskutierten Frage verbunden, wie viel Perspektivenvielfalt in demokratischen Institutionen und in der öffentlichen Debatte zugelassen wird.

Vierte Blockade: Gehemmte Strukturwandelproteste

Bürgerschaftlicher Protest, wie er in der Lausitz beispielsweise der bundespolitischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik entgegengebracht wurde, ist eine Möglichkeit den Strukturwandel mitzugestalten. Besonders in dieser Hinsicht beobachten wir aber wiederum ein Spannungsfeld: Demokratische Strukturwandelpolitik wird durch eine strukturschwache Zivilgesellschaft unterwandert. Diese Strukturschwäche ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einem mangelnden Interesse der Bevölkerung.

In den Jahren 2004 und 2005 gab es in den größeren Städten der Lausitz Proteste gegen die Hartz IV-Gesetze mit vierstelligen Teilnehmerzahlen. Diese Form der direkt auf Politiken abzielenden Proteste setzt sich aktuell fort, etwa in den Protesten gegen die Schließung des Siemens-Werkes in Görlitz. Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ gibt Beschäftigte wieder, die bezeugen, dass „in Görlitz zum allerersten Mal die Wut der Leute in eine politische Wucht verwandelt wurde“ (Hähnig 2018). Es gibt also so etwas wie Strukturwandelprotest. In öffentlichen Kommentaren, wie dem zitierten Zeitungsartikel, wird dabei eine Verbindung mit der regionalen Strukturwandelhistorie gezogen: Ostdeutsche sind, so auch der Soziologe Raj Kollmorgen, im Vergleich zu Westdeutschen weiterhin mit Einkommens-, Vermögens- und Rentenungleichheiten konfrontiert. Diese fügen sich darüber hinaus auch im Rahmen von moralischen Werturteilen in ein mehrdimensionales Missachtungsverhältnis ein (Kollmorgen 2011: 334ff.), das längst zur wirtschaftspolitischen Handlungsgrundlage geworden ist. So nimmt das Institut für Wirtschaftsforschung Halle die westdeutsche Wirtschaftskraft als Maßstab für die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft (vgl. IWH 2019). Es überrascht vor diesem Hintergrund

nicht, wenn die regionale Öffentlichkeit kritisch reagiert, wenn die Lausitz als strukturschwach bezeichnet wird.

Erste Akteursanalysen weisen auf eine durchaus verstreute, aber vielfältige zivilgesellschaftliche Landschaft hin (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019). Die Motivlagen sind heterogen, aber lassen sich in Teilen insofern als transformativ verstehen, als dass sie auf die Beeinflussung öffentlicher Diskurse, auf die Begründung sozialökologischer Lebensformen oder auf die Entwicklung und Gestaltung des regionalen Industrieribes zielen. Im Rahmen einer gewandelten Öffentlichkeit und im Kontrast zur überregionalen Klimapolitik wird deutlich, dass der Kohleausstieg notwendig, aber schwer zu legitimieren ist und dass sich regionale Anliegeträger unter Umständen nicht ausreichend repräsentiert fühlen. Betroffene wie beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger aus dem vom Tagebau bedrohten Dorf Mühlrose oder auch die *Grüne Liga* drängen darauf, dass die Festlegung von Handlungsprioritäten einer öffentlichen Auseinandersetzung bedarf. Die Ausgangslage der Initiativen wird jedoch dadurch erschwert, dass dörfliche Vereine und Begegnungsstätten auf dysfunktionale Weise immer wieder auch an politökonomische Großstrukturen gebunden sind. Dabei spielen die von der Braunkohleindustrie bereitgestellten Gelder für gemeinnützige Zwecke eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese von Kritikern gelegentlich auch als „Schweigegeelder“ bezeichneten Mittel (so benannt in Forschungsgesprächen in Raddusch und Görlitz) ermöglichen einerseits zwar ein öffentliches Leben durch Feste, Vereine, Bildungsveranstaltungen oder ähnliches. Sie sind für manche sozialstrukturell gebeutelten Orte allerdings auch eine derart wichtige Ressourcenquelle, dass die Kritik an der Kohlewirtschaft in der lokalen Öffentlichkeit wenig Legitimität genießt.

Die Lausitzer Zivilgesellschaft lässt sich folglich nicht allein in einer affirmativen Nachhaltigkeitperspektive besprechen und auf transformative Potenziale abklopfen. Die Öffentlichkeit ist in ihrer ganzen Bandbreite ein Schauplatz des polit-ökonomischen Kräftespiels. Die Orientierungen für den Erhalt oder

die Veränderung des Status Quo stellen sich in der Praxis teils als polare Lagerbildung dar, sie sind in den lokalen Milieus aber auch durch hochgradige Zerrissenheit charakterisiert, wenn etwa die Ablehnung oder Hinwendung zum Kohleausstieg einen Riss durch Familien oder örtliche Gemeinschaften zieht.

Diese lokal situiereten Konflikte verbinden sich aktuell mit einer breiten öffentlichen Debatte. Die Montagsdemonstrationen der frühen 2000er Jahre, die dem Modus der friedlichen Revolution 1989 folgten, wurden in den letzten Jahren neu vereinnahmt und weitgehend von der Umbruchserfahrung der 1990er Jahre gelöst (vgl. Engler; Hensel 2018). Sie wurden von *Pegida* aufgegriffen, die neben einer fundamentalistischen Islamfeindlichkeit auf unspezifische Weise auch diverse Strukturwandelenerfahrungen adressieren (vgl. ebd.). Dies überschneidet sich teilweise inhaltlich mit rechtsradikalen Vereinsaktiven, mit denen sich *Pegida* in der Lausitz vernetzt. Auch wurden die Netzwerke auf die als rechtspopulistisch einzustufende Brandenburger AfD ausgeweitet, die erfolgreich aus Strukturwandelängsten politisches Kapital schlägt. Die Landtagswahl 2019, bei der zwischen 25 und 40 Prozent der Lausitzer und Lausitzerinnen regional ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben, lässt sich insofern auch als Ausdruck der Transformationsblockade begreifen: Der politisch verschleppte Strukturwandel sowie die rechtspopulistische Unterwanderung von Strukturwandelprotest stehen in einem sich verstärkenden, positiven Zusammenhang mit einer politischen Strukturschwäche. Denn trotz der zivilgesellschaftlichen Dynamik und des resultierenden Handlungsdrucks wird von Seiten der Regierungen und Unternehmen auch der Ausstieg aus der Braunkohle wiederum nicht explizit als regionalwirtschaftliche oder gar als gesellschaftspolitische (Mit-) Gestaltungsmöglichkeit kommuniziert. Der aktuelle Befund, dass der Ausstieg innerhalb der Region von vielen als ein aufgezwungenes und nicht gestaltbares Unterfangen wahrgenommen wird (vgl. Setton 2018), ist insofern nicht allein eine Stimmungslage, sondern auch Ausdruck einer historischen, aktuell greifbaren Realität. Während im Rahmen eines ambitionierten Kohleausstiegs die

Mitgestaltung der Betroffenen immer dringender wird, werden die politischen Voraussetzungen dafür abermals nicht geschaffen. Vielmehr gelingt es rechtspopulistischen Klimaskeptikern demokratisch repräsentiert zu werden. Die Befürchtung, dass sich das kürzlich geöffnete Gelegenheitsfenster für eine demokratische Strukturwandelpolitik in absehbarer Zeit wieder schließt, ist insofern nicht übertrieben.

Kohleausstieg als Ausstieg aus der Transformationsblockade?

Durch die Entstehung und Aufrechterhaltung der Kohleindustrie ist ein sich wechselseitig stabilisierendes Abhängigkeitsverhältnis mit der regionalen Wirtschaft, Bevölkerung und Politik entstanden, was sich trotz daraus resultierender Konflikte als erstaunlich stabil erweist. Man kann daher, im Sinne von Gundermann, nicht mit und auch nicht ohne die Kohleindustrie (vgl. Schütt; Gundermann 1999: 54f.). Der resultierende Handlungsdruck scheint vielen Beobachtern in der politischen und wissenschaftlichen Debatte klar zu sein, die regionale Handlungsgrundlage hingegen weniger. Diese haben wir hier in ihrer Mehrdimensionalität beleuchtet.

In vier wesentlichen Wandlungsprozessen drängt sich die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeit für eine demokratische Gestaltung des Strukturwandels auf: (1) Im Hinblick auf die sozialräumliche Lage stellt sich heraus, dass die Konflikte und Ungleichheiten einen baldigen Wandel notwendig machen, wobei die Blockade zwischen existenziellen Interessenskonflikten eine breit organisierte Willens- und Entscheidungsfindung erfordert. (2) Im Hinblick auf den Wirtschaftswandel in der Region wiederum fällt auf, dass die Kohleindustrie zunehmend an Bindekraft verliert, dass sie aber politisch und kulturell überaus wirksam bleibt. Die Förderung von neuen Akkumulationsprozessen muss um eine breite Zukunftsdebatte ausgeweitet und mit einer demokratisch organisierten Lösungsfindung gestützt werden. (3) Im Rahmen des demografischen Wandels wurde der Beitrag benachteiligter Gruppen zu

Gemeinwesen und Wirtschaft marginalisiert, so dass die Wiederherstellung von zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit als inhärenter Bestandteil von Strukturwandelpolitik gelten kann. (4) Und in Bezug auf die öffentliche Debatte und bürgerschaftliche Teilhabe ist zu beobachten, dass die rechte Radikalisierung einer wachsenden Minderheit sich nun in Wahlen niederschlägt, so dass sich ein Widerspruch zwischen demokratischer Repräsentation und ökologischer Ambition abzeichnet. Diese herausgearbeiteten Aspekte werden oft als die soziale Dimension des Strukturwandels verniedlicht. Sie erklären bei näherer Betrachtung aber die „Nachhaltigkeit der nicht-Nachhaltigkeit“ in der Lausitz (vgl. Blühdorn 2018).

Folglich nimmt insgesamt die Dringlichkeit einer konfliktensiblen und breit legitimierten Kohleausstiegs- und Strukturwandelpolitik zu. So ist der zeitnahe Ausstieg aus dem Kohleabbau und der -verstromung zwingend notwendig, um die Ziele des Pariser Klimagipfels von 2015 zu erreichen, was besonders die CO₂-intensive Energieregion unter Transformationsdruck setzt. Allerdings wird die Handlungsfähigkeit angesichts dieser ökologischen Notwendigkeit zunehmend von Akteuren bedroht, die die Verantwortung in andere Sektoren oder Regionen verweisen oder sie schlichtweg leugnen. Die ohnehin schon verzwickte Aufgabe, effektiven Klimaschutz zu betreiben, trifft in der Lausitz auf einen regionalen Kontext, der sich auf Grund vergangener sozialpolitischer Versäumnisse und demografischer Umbrüche als besonders herausfordernd erweist. So ist der regionale Strukturwandel von enormen Beharrungskräften geprägt, während sich in der Klimapolitik oder auch unter dem Stichwort der gleichwertigen Lebensverhältnisse neue Handlungskorridore auftun, um wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Strukturen mit und für die Betroffenen zu verändern. Gleichzeitig findet aber, entgegen voriger Empfehlungen durch die sogenannte Kohlekommission, das Stichwort Zivilgesellschaft und Beteiligung keine Erwähnung in den Gesetzesentwürfen, die die Bundesregierung für den Kohleausstieg vorlegt (Stand 29.09.2019). Auch prägt die Hoffnung

auf industrielle Monostrukturen weiterhin die Debatte, trotz der abermals drohenden Abhängigkeiten. Wir konstatieren also, dass nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Gelegenheit für eine Strukturwandelpolitik unter Einbindung der Bevölkerung gegeben ist, sich diese Gelegenheit jedoch auch wieder verflüchtigen könnte.

Inwiefern ist es möglich, die mehrdimensionale Blockadesituation zu lösen? Diese Herausforderung lässt sich, wie es Claus Offe formulierte, als Gemeingutproblem beschreiben: Global und national erfordern die Beiträge zur Aufrechterhaltung der aktuellen Gesellschaften einen überaus ungleichen Beitrag von einzelnen Gruppen und Regionen. Wenn daher aktuell Kohleregionen den Preis für eine bislang verfehlte Klimapolitik zahlen sollen, muss sichergestellt werden, dass die dadurch entstehenden Kosten gesamtgesellschaftlich verteilt werden. Die von der sogenannten Kohlekommission vorgeschlagenen Strukturwandelförderungen können hier eine notwendige Bedingung sein. Erschwerend kommen aber die ideellen und materiellen Folgeschäden von vergangenen Strukturbrüchen hinzu. Die Voraussetzungen dafür, dass der aktuelle Wandel für die Menschen nach den bisherigen Enttäuschungen überhaupt als gestaltbar wahrgenommen werden kann, sind verlorengegangen. Daraus folgt für die involvierten Regierungen eine doppelte Herausforderung: Durch aktive Wirtschaftsförderung sollen soziale Härten abgefedert und sogar ein Entwicklungssprung erzeugt werden. Diese Erneuerung und die strukturbildende Nutzung der Transformationserfahrung können nicht beim Vergleich mit westdeutschen Industrieregionen stehen bleiben, sondern sollte auf einem Verständnis von Wohlstand basieren, das den ländlichen Strukturen in der Lausitz entspricht. Nicht allein die Wirtschaftsförderung, auch Demokratieförderung kann in dem Sinne und in enger Verquickung mit wirtschaftlichen Maßnahmen endogen sein. Der aktuelle Mitmachfond der sächsischen Regierung ist dafür nur ein geringfügiger Anfang. Allerdings leidet die Region auch an einer Art politischer Strukturchwäche, die diese Form der Wirtschafts- und Demokratieförderung bislang verhindert.

Durch die dargestellten, teils selbst verantworteten Akkumulations- und Legitimationsprozesse werden staatliche Entscheidungsträger in ihrer Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit gehemmt. Zugleich werden sie auf ihre demokratiepolitischen Kernaufgaben gestoßen: Es gilt die für das Gemeinwohl notwendigen Produktionszusammenhänge und Energieversorgung zukunftssicher, also sozialökologisch umzugestalten, sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken, und die langfristige demokratische Legitimierung der Vorschläge zu sichern.

Die Lausitz – ein Lernort für demokratische Strukturwandelpolitik

Der Kohleausstieg wird aktuell oft als komplexes Problem und die sozioökonomische Strukturförderung als das treffende Lösungsprogramm beschrieben. Treffender scheint uns auf Basis der obigen Befunde eine zeitlich umgekehrte und relationale Metapher: Die Lausitz ist geprägt von einem in vielerlei Hinsicht blockierten Strukturwandel. Der Knoten zwischen regionalen Konflikten und überregionalen Pfadabhängigkeiten kann durch den Kohleausstieg gelockert und für eine zukunftsorientierte Auseinandersetzung geöffnet werden. Vorausgesetzt, dass wirtschaftspolitische Klarheit geschaffen wird, kann der zentrale Antagonismus zwischen Kohlegegnern und -Befürwortern an Bindekraft verlieren. Dies eröffnet das Potenzial für eine Auseinandersetzung über Wohlstand und Gemeinwohl jenseits der industriellen Großstrukturen und Allianzen.

Wir schlagen insofern kein eigenes Lösungsschema vor, konstatieren aber auf Basis der obigen Analyse, dass keineswegs ein geteiltes Verständnis darüber vorherrscht, welche Problemlagen im Strukturwandel bearbeitet werden müssen. Vielmehr verwies Patrizia Nanz darauf, dass bei komplexen sozial-ökologischen Problemkreisen mitunter die Vorstellung von der Lösung bereits die Problemwahrnehmung bedinge. Beispielsweise offenbart der Ruf nach Industriearbeitsplätzen oder nach kohärenten Leitbildern soziale Kränkungen und politische Dispositionen, deren Ursprung man in vergangenen Transformations-

erfahrungen vermuten kann. Nichtsdestotrotz kommt man inmitten von klimapolitischen und demokratiepolitischen Zwängen nicht umhin, die implizierten Konfliktlagen als Entwicklungsimpulse aufzugreifen. Aus der gegebenen Vielfalt an Stimmen und Entwicklungen leiten wir daher ab, dass die aktuelle Veränderungsblockade nur durch eine dialogische und konfliktbereite Auseinandersetzung und durch breit legitimierte Entscheidungen gestaltet werden kann. Die jahrzehntelange Transformationserfahrung der Lausitzerinnen und Lausitzer könnte sich auf diesem Wege als Ressource erweisen, um eine strukturbildende Fantasie freizusetzen und um Frustrationstoleranz zu bewahren. Die Handlungslogiken der Regierungen aber, die bislang zur Geltung kommen, stehen in der langen bundesrepublikanischen und der jüngeren Geschichte nach den Umbrüchen 1989/1990 und sind sogar Mitursache für die schwierige Lage der Region. Ein beträchtlicher Teil der aktuell diskutierten Strukturwandelvorschläge innerhalb und außerhalb der Region schreibt etablierte Wachstumsbegriffe, Förderansätze und Ausgleichsvorstellungen fort.

In einem zugegebenermaßen abstrakten Ausblick erkennen wir eine gesellschaftspolitische Gelegenheit, die in Deutschland nicht häufig vorkommt. Die gesellschaftspolitischen Brüche, die der Ausstieg aus der Kohle zu Tage fördert, gehen weit über eine effektive Umsetzung der Energiewende hinaus. Die Lausitz ist ein Modellfall, um auf diese Brüche und die Frage einer demokratischen Gestaltung hinzuweisen, so dass auch andere Energie- und Nachhaltigkeitspolitiken – man denke an die Verkehrs- oder die Agrarwende – als gesellschaftspolitische Erneuerungsprojekte gestaltet werden können. Mehr noch: Besonders in der von der Kohleindustrie geprägten Lausitz entsteht nun ein Prüfstein dafür, ob das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie in den hergebrachten Denktraditionen fortgesetzt wird und ob es aus gegebenen Anlass mitsamt der nun augenfällig gewordenen Folgeschäden transformiert werden kann. Der Strukturwandel ist die Triebfeder dafür, dass die sozialökologischen und politökonomischen Stabilisierungsmechanismen aufgedeckt und verändert

werden können. Für diese Auseinandersetzung ist der Kohleausstieg ein dringlicher Anlass und die Lausitz der aktuell wichtigste Austragungsort.

Anmerkungen

- 1 Unter enger Mitwirkung von Julia Gabler, Tobias Haas, Victoria Luh, Patrizia Nanz und Johannes Staemmler. Wir bedanken uns außerdem bei Katharina Teubel für die sorgfältige Unterstützung. Dieser Text ist im Rahmen des Projektes „Wissenschaftliche Unterstützung und Begleitung der Transformation in der Lausitz – Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung“ entstanden, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter dem Förderkennzeichen 03SF0561.
- 2 Wir danken den Teilnehmenden des Workshops Thomas Barth, Clemens Blümel, Reinhard Blomert, Stefan Bösch, Dennis Eversberg, Frank Fischer, Hanna Haag, Sebastian Heer, Sabine Hofmeister, Fabian Jacobs, Robert Knippschild, Raj Kollmorgen, Catharina Lüder, Torsten Meyer, Katja Müller, Barbara Muraca, Stefan Laser, Claus Offe, Alexander Wentland, Andreas Willisich und Markus Wissen sowie bei allen teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen am IASS Potsdam.
- 3 Laut dem Braunkohleplan der LEAG von 2014 sind Mühlrose, Proschim inklusive Karlsfeld, Teile der Stadt Welzow und der Ortsteil Lindenfeld in Neu-Seeland von Umsiedlungen betroffen. In Grabko, Kerkwitz, Atterwasch (Jänschwalde Nord) sowie Bagenz-Ost und Spremberg-Ost ist die Umsiedlung zwar abgesagt, die Verbindlichkeit der Absage ist aber umstritten. Auch im Nachgang der sog. Kohlekommission ist zur Umsiedlungsfrage keine klare Empfehlung, geschweige denn ein Beschluss von staatlicher oder privatwirtschaftlicher Seite kommuniziert worden (Stand September 2019).
- 4 Über 25 Gemeinden und Städte in der Lausitz sind davon betroffen, dass der ehemalige Eigentümer wiederholt Steuerrückzahlungen in Höhe von Millionen geltend gemacht hat.

Literatur

- Aurora Energy Research (2019): Auswirkungen der Schließung von Kohlekraftwerken auf den deutschen Strommarkt. Analyse im Auftrag des BDI und des DIHK.
- Blühdorn, Ingolfur (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 28, Heft 1-2, S. 151-180.

- Borchert, Jens; Lessenich, Stephan (2016): *Claus Offe and the critical theory of the capitalist state*. New York, NY: Routledge.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2018): *The limits to capitalist nature: Theorizing and overcoming the imperial mode of living*. Lanham: Rowman & Littlefield International.
- BMWI – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019a): *Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“*. Berlin: Bundesregierung.
- BMWI – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b): *Eckpunkte zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“*. Berlin: Bundesregierung.
- Engler, Wolfgang (1999): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin: Aufbau.
- Engler, Wolfgang; Hensel, Jana (2018): *Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein*. Berlin: Aufbau.
- Friedland, Roger; Alford, Robert R. (1991): *Bringing Society Back In: Symbols, Practices, and Institutional Contradictions*. In: Powell, Walter W.; DiMaggio, Paul (Hg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: University of Chicago Press, S. 232-263.
- Gabler, Julia; Kollmorgen, Raj; Kottwitz, Anita (2016): *Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz. Sozialwissenschaftliche Umweltfragen – Berichte und Arbeitspapiere*. Cottbus: BTU Cottbus; Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Häfner, Daniel; Laschewski, Lutz (2015): *Recht auf Perspektive - zum Verhältnis von europäischen Minderheiten und den Sorben/Wenden zur Mehrheitsgesellschaft. Sozialwissenschaftliche Umweltfragen – Berichte und Arbeitspapiere*. Cottbus: BTU Cottbus; Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Hähnig, Anne (2018): *Siemens-Werk Görlitz – Hat hier der Populismus gesiegt?* In: *DIE ZEIT, ZEIT im Osten*. URL: <https://www.zeit.de/2018/23/siemens-werk-goerlitz-schliessung-erhaltung-populismus-proteste> (Abruf: 15.11.2019).
- Hermann, H.; Schumacher, K.; Förster, H. 2018 (2018): *Erneuerbaren Energien – Vorhaben in den Tagebauregionen. Gutachten im Auftrag des BMWiE*.
- Kluge, Jan; Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Rösel, Felix (2014): *Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. In: ifo Dresden Studien 71.
- Kollmorgen, Raj (2011): *Subalternisierung*. In: Ders.; Koch, Frank-Thomas; Dienel, Hans-Luidger: *Diskurse deutscher Einheit: Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 301-360.
- Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (2018): *Zwischenbericht*. Berlin: Bundesregierung.
- Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (Hg.) (2009): *Rekultivierung von Bergbaufolgelandschaften. Nachhaltige Bergbausanierung*. URL: https://www.lmbv.de/index.php/Publikationen.html?file=files/LMBV/Publikationen/Publikationen%20Zentrale/Publikationen%20Diverse/LMBV_Rekultivierung_2009.pdf (Abruf: 18.11.2019).
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH (Hg.) (2019): *Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall*. Halle: IWH.
- Lenz, Gerhard (1999): *Verlusterfahrung Landschaft. Über die Herstellung von Raum und Umwelt im Mitteldeutschen Industriegebiet seit der Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts*. In: *Edition Bauhaus*, Band 4. Frankfurt a. M.: Campus.
- Markwardt, Gunther; Zundel, Stefan (2017): *Strukturwandel in der Lausitz – Eine wissenschaftliche Zwischenbilanz*. In: ifo Dresden berichtet 24, Heft 3, S. 17-22.
- MWFK – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg; MWE – Ministerium für Wirtschaft und Energie Brandenburg (2017): *1. Bericht der Landesregierung zur Lage des sorbischen/wendischen Volkes im Land Brandenburg*. Potsdam: Landesregierung Brandenburg.
- Offe, Claus (2006): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Öko-Institut (2019): *Die deutsche Kohle-Verstromung bis 2030. Eine modellgestützte Analyse der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“*. Berlin.
- Pichler, Melanie; Brand, Ulrich; Görg, Christoph (2018): *The double materiality of democracy in capitalist societies: challenges for social-ecological transformations*. In: *Environmental Politics*, S. 1-21.
- Rosa Luxemburg Stiftung (2019): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. RLS Studien, S. 4-19.
- Schulz, Sabrina; Schwartzkopff, Julian (2018): *Europäische Braunkohleregionen im Wandel. Herausforderungen in Deutschland und Tschechien*. Prag: Heinrich Böll Stiftung Prag; Deutsche Umwelthilfe.
- Schütt, Hans-Dieter; Gundermann, Gerhard (1999): *Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer. Gespräche mit Hans-Dieter Schütt*. Berlin: Schwartzkopff und Schwartzkopff.
- Seibert, Holger u. a. (2018): *Die Lausitz. Eine Region im Wandel*. In: *IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz 03/2018*. Nürnberg: IAB.
- Setton, Daniela (2018). *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse*. Potsdam: Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS).

Berliner Debatte Initial 30 (2019) 4

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial e.V.**,
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal
jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm,
Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner,
Rainer Land, Udo Tietz, Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome,
Wolf-Dietrich Junghanns, Raj Kollmorgen,
Thomas Möbius, Gregor Ritschel,
Robert Stock, Matthias Weinhold,
Johanna Wischner.

Redaktionelle Mitarbeit: Adrian Klein.

Verantw. Redakteur: Thomas Müller.

Vi.S.d.P. für dieses Heft: Ulrich Busch.

Satz: Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der
Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
<http://www.berlinerdebatte.de/>

Berliner Debatte Initial erscheint bei
WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €. Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis (Kopie) beilegen. Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel;
Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und ein-
zelne Artikel (als PDF) im Webshop:
<http://shop.welttrends.de/>
oder per E-Mail:
bestellung@welttrends.de
oder telefonisch: +49/331/721 20 35
(Büro WeltTrends)

Abonnement per Mail, telefonisch oder per Post

bestellung@welttrends.de
+49/331/721 20 35

WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte Initial ab Heft

- Jahresabonnement 40 € (Institutionen 45 €).
- Abonnement ermäßigt 25 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose etc.),
Nachweis bitte beilegen.

Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl: Ort: Telefon:

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei der Bestelladresse schriftlich
widerrufen kann.

Datum, Unterschrift: